



## Vietnam und China

### Worum geht es beim Streit um die Ölplattform?

**ERWIN SCHWEISSHELM**

Mai 2014

- Am 1. Mai 2014 näherten sich vietnamesische Patrouillenschiffe einer chinesischen Ölplattform in einem umstrittenen Gebiet des Südchinesischen Meeres, worauf sie von chinesischen Kriegsschiffen gerammt und mit Wasserkanonen beschossen wurden; sechs vietnamesische Seeleute wurden verletzt.
- Darauf folgende, zunächst friedliche Proteste in mehreren Städten Vietnams eskalierten zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen chinesische Einrichtungen. Mindestens drei Fabriken wurden in Brand gesetzt. Im vietnamesischen Fernsehen wurde zur Besonnenheit aufgerufen, damit die Proteste nicht außer Kontrolle von Partei und Regierung geraten.
- Aus vietnamesischer Sicht handelt es sich um einen eklatanten Verstoß gegen internationales Seerecht, nach chinesischer Darstellung um normale Probebohrungen in eigenen Gewässern. Die Forderung Vietnams nach Rückzug von Ölplattform und Kriegsschiffen wird zurückgewiesen.
- Die Spannungen im Südchinesischen Meer nehmen seit Jahren zu. Mehrere Länder beanspruchen zwei Inselgruppen und die damit verbundenen territorialen Rechte. Der Konflikt hat auch einen geopolitischen Kontext, zumal China ihn nur wenige Tage nach dem Besuch von Präsident Obama in der Region eskalieren ließ.
- Obwohl die Philippinen bereits Klage beim Internationalen Seegerichtshof eingereicht haben, hält sich das ASEAN-Staatenbündnis bisher zurück. Angesichts der überregionalen Bedeutung sollte eine stärkere Einbeziehung der ASEAN und der Weg zu multilateralen Lösungsansätzen gesucht werden.

*»The future of politics will be decided  
in Asia, not in Irak or Afghanistan.«*

Hillary Clinton in Foreign Policy,  
November 2011

Am 1. Mai 2014 entdeckten vietnamesische Patrouillenschiffe eine riesige chinesische Öl-Bohrplattform, 130 Seemeilen vor dem vietnamesischen Festland und 119 Seemeilen vor der Insel Ly Son, die zur vietnamesischen Provinz Quang Nai gehört. Begleitet wurde die Plattform der chinesischen staatlichen Ölgesellschaft China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) mit der Bezeichnung HD-981, deren Wert auf gut 1 Mrd. US-Dollar geschätzt wird, von etwa 50–80 Schiffe (je nach Zählweise), darunter 7 Kriegsschiffe, 33 Patrouillenboote des Küstenschutzes, aber auch Fischereischiffe. Die vietnamesische Regierung entsandte daraufhin 29 Schiffe in die Region, um die Verankerung der Plattform zu unterbinden. Als sich die Boote des vietnamesischen Küstenschutzes der Plattform auf einen Abstand von etwa zehn Seemeilen genähert hatten, wurde nach vietnamesischen Berichten ein Polizeiboot durch ein chinesisches Schiff mit hoher Geschwindigkeit gerammt. In den Tagen darauf kam es zu weiteren Kollisionen, insgesamt acht vietnamesische Schiffe wurden gerammt oder mit Wasserkanonen beschossen. Neben materiellen Schäden an den vietnamesischen Schiffen, gibt es auch Berichte über etwa sechs verletzte vietnamesische Seeleute.

Aus vietnamesischer Sicht handelt es sich um eine klare Verletzung der vietnamesischen Souveränitätsgebiete, der exklusiven Wirtschaftszone und des Kontinentalsockels von 200 Seemeilen. Dies stellt nicht nur einen Verstoß gegen die Artikel 56 und 76 der »United Nations Convention on the Law of the Sea« (UNCLOS) sowie der 2002 zwischen ASEAN und China abgeschlossenen »Declaration of Conduct of Parties in the South China Sea« dar,<sup>1</sup> sondern auch gegen bilaterale Vereinbarungen und laufenden Gespräche über eine friedliche Beilegung der territorialen Konflikte. Noch im Juni 2013 absolvierte Staatspräsident Truong Tan Sang einen offiziellen Staatsbesuch in China und unterzeichnete mit seinem chinesischen Pendant Präsident Xi Jinping zahlreiche Abkommen, darunter auch Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bei Projekten im Südchinesischen Meer.<sup>2</sup>

1. Beide Abkommen sind auch von China unterschrieben worden und schließen unter anderem den Gebrauch von Gewalt für die Lösung von Seestreitigkeiten aus.

2. Beispielsweise auch eine gemeinsame Ölexploration der beiden Staatsunternehmen PetroVietnam und China National Offshore Oil Corporation.

In den folgenden Tagen setzte Vietnam alle internationalen, regionalen und diplomatischen Mechanismen in Bewegung, um sich gegen diese als Aggression betrachtete Aktion zur Wehr zu setzen. Vietnam betont, weiterhin eine friedliche Lösung dieser Eskalation anstreben zu wollen, und fordert eine Entschädigung der entstandenen Schäden, den sofortigen Abzug aller Schiffe und Streitkräfte sowie die Rückholung der Plattform HD-981 aus dem Seegebiet. Vonseiten der USA wurde die Aktion als eine »Provokation« und Verletzung internationaler Abkommen bezeichnet, der amerikanische Außenminister John Kerry telefonierte mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi. Die Vereinten Nationen fordern beide Seiten zu einer Deeskalation auf. Die Europäische Union gab am 8. Mai ein offizielles Statement heraus, in dem eine friedliche Lösung des Konfliktes auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen gefordert wird, und zeigte sich besorgt darüber, dass einseitige Aktionen Frieden und Stabilität in der gesamten Region bedrohen könnten. Allerdings verweist die Verlautbarung der Erklärung durch den Sprecher der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und nicht durch Catherine Ashton selbst auf eine niedrigere diplomatische Ebene.<sup>3</sup>

Die chinesische Küstenschutzbehörde lässt hingegen verlauten, die Probebohrungen auf jeden Fall bis zum 15. August fortsetzen zu wollen. Um die Plattform herum hat China eine Verbotzone für fremde Schiffe von drei Seemeilen erklärt, die durch die Präsenz der Militärbote gesichert werden soll.

Aus chinesischer Sicht befindet sich der Standort der Plattform in eigenen Gewässern. China bezieht sich dabei auf die Wirtschaftszone um die Paracelsus-Inselgruppe, die von beiden Ländern als Staatsgebiet beansprucht wird. Der jetzige Standort der Plattform liegt etwa 17 Meilen von einer der zur Paracelsus-Gruppe gehörenden Inseln entfernt. Im Juni 2012 hatte China auf den Inseln die so genannte »Sansha Präfektur« errichtet, um seine Besitzansprüche administrativ und militärisch

3. Statement by the Spokesperson of the EU High Representative on the recent escalation of tensions in the South China Sea, 8.5.2014, Brüssel; [http://eeas.europa.eu/delegations/vietnam/documents/press\\_corner/2014/20140508\\_vnchina\\_tensions\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/delegations/vietnam/documents/press_corner/2014/20140508_vnchina_tensions_en.pdf).

sichtbar zu machen, was zu öffentlichen Protesten in Vietnam führte. Allerdings sieht UNCLOS nur eine 12-Meilen-Zone um solche Inseln herum vor.

Die Spannungen im Südchinesischen Meer, das von den Vietnamesen Östliches Meer genannt und von den Philippinen als Westphilippinische See bezeichnet wird, nehmen seit Jahren zu. Das Gebiet, etwas größer als das Mittelmeer, ist reich an ertragreichen Fischgründen, die für Vietnam von existenzieller wirtschaftlicher Bedeutung sind. Zudem werden dort Öl- und Gasvorkommen vermutet, über deren Lage und Umfang jedoch noch wenig bekannt ist, und es ist von zentraler strategischer Bedeutung, da ein Großteil der Handelsströme der Weltwirtschaft sowie der gesamte chinesische Ölimport durch dieses Gebiet verlaufen.

Die Territorialstreitigkeiten verbinden sich mit dem Anspruch auf zwei Inselgruppen, deren Besitz und Kontrolle wichtig für die Ausübung der wirtschaftlichen Rechte nach dem internationalen Seerecht ist: der Spratley-Archipel und die Paracelsus-Inseln. Um den Spratley-Archipel streiten sich sechs Länder der Region: China, Taiwan, die Philippinen, Malaysia, Brunei und Vietnam. Zwischen den Anrainerstaaten des Ostmeeres/Südchinesischen Meeres ist ein regelrechtes Wettrennen entbrannt, das auf maritimen Besitzstreitigkeiten und der Sicherung freier Wasserstraßen beruht.

Die Paracelsus-Inseln werden sowohl von China als auch von Vietnam beansprucht. Die derzeitige Auseinandersetzung ist nicht der erste gewaltsame Konflikt zwischen beiden Ländern um die kleinen Inseln, die in Vietnam »Hoang Sa« und in China »Xisha« genannt werden. Bereits im Januar 1974 hatte es Kämpfe zwischen der vietnamesischen Marine und chinesischen Einheiten gegeben, bei denen eines der vier beteiligten vietnamesischen Kriegsschiffe sank und Dutzende von Soldaten ums Leben kamen. Die chinesischen Streitkräfte besetzten dabei den gesamten Archipel. Da diese Inseln damals noch zur Republik Südvietnam gehörten und es sich daher um mit den USA verbündete südvietnamesische Truppen handelte, kamen auch keine Proteste aus der nordvietnamesischen Hauptstadt Hanoi. Heute werden die damals gefallenen Soldaten hingegen als Helden verehrt.

China und Vietnam haben in der Vergangenheit häufig Grenzkonflikte ausgetragen. Einer von vielen Gründen für den kurzen Sino-Vietnamesischen Krieg von 1979

war neben dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha auch ein Grenzkonflikt an der chinesisch-vietnamesischen Festlandgrenze. 1999 war ein Demarkationsabkommen über die 1.350 Kilometer lange Landesgrenze beschlossen worden, welches bis Ende 2008 umgesetzt wurde. Ähnliches geschah im Dezember 2000 mit der Vereinbarung der Demarkation des Golfs von Tonkin. Für die vietnamesische Partei und Regierung, aber auch für viele internationale Beobachter kam die jetzige chinesische Aktion deshalb absolut überraschend, zumal Vietnam sich in den letzten Jahren in diesem Territorialkonflikt sehr zurückhaltend gezeigt und seinerseits auf jegliche Provokation verzichtet hatte. Prof. em. Carl Thayer von der Universität New South Wales in Australien, ein intimer Kenner der Situation im Südchinesischen Meer, bezeichnet die Platzierung der chinesischen Ölplattform in vietnamesischen Gewässern daher auch als »... *unexpected, provocative and illegal*«<sup>4</sup>.

Obwohl die ASEAN, ähnlich der EU, als Instrument zur weiteren Integration, vor allem aber auch zur stärkeren Kooperation gedacht ist, spielt sie aufgrund des in den Statuten festgeschriebenen Prinzips der Nichteinmischung im momentanen Konflikt nur eine marginale Rolle. Die ASEAN und insbesondere die stark betroffenen Mitgliedsländer Philippinen und Vietnam setzen auf eine Internationalisierung der Konfliktlösung auf Basis von UNCLOS. 2002 unterzeichnete die Staatengruppe die so genannte »Declaration on the conduct of parties in the South China Sea«, welche die Grundlage der Konfliktlösung darstellen und einen »Code of Conduct« für alle beteiligten Anrainerstaaten schaffen sollte. Davon ist man aber weiter entfernt als jemals zuvor. China lehnt eine Internationalisierung und selbst eine Regionalisierung des Konfliktes grundsätzlich ab und will alle Streitigkeiten bilateral lösen.

Die Volksrepublik China betrachtet 80 Prozent des Südchinesischen Meeres als chinesisches Territorium, womit sie die ausschließlichen Wirtschaftszonen der Anrainer beschneiden würde. Seine Ansprüche begründet China durch eine historische Landkarte mit den berühmten »*nine-dash-lines*«, welche die chinesische Nationalregierung unter Chiang Kai-shek 1947 hatte erstellen lassen und die 1949 nach Gründung der Volksrepublik China von Mao Tse-tung übernommen wurde. Die Regierung

4. Thayer, Carl (2014): China's Oil Rig Gambit: South-China Sea Game-Changer?, in: *The Diplomat*, 12. Mai 2014; <http://thediplomat.com/2014/05/chinas-oil-rig-gambit-south-china-sea-game-changer/>.

der Philippinen hat am 30. März 2014 eine Klage beim Internationalen Seegerichtshof eingereicht, um die territorialen Ansprüche in dem Seegebiet klären zu lassen. Es gibt Stimmen in Vietnam, die dazu raten, sich dieser Klage anzuschließen. Die chinesische Regierung hat aber bereits deutlich gemacht, dass sie die Zuständigkeit dieses Gerichts mit Sitz in Hamburg nicht anerkennt.

Die Erklärung der damaligen amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton in 2011, dass dieser Konflikt eine internationale Dimension habe, sorgte für eine zusätzliche Schärfe, denn China betrachtet diesen als ausschließliche Angelegenheit der Anrainerstaaten. Im Sommer 2011 kam es zu ersten Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Hanoi, nachdem ein chinesisches Schiff seismische Unterseekabel zerschnitten hatte, die von einem vietnamesischen Öl-Explorationsschiff gelegt worden waren. Zumindest symbolisch wurden in Vietnam daraufhin Vorbereitungen für eine Mobilmachung getroffen. Allerdings sorgte die Regierung dafür, dass die Proteste eingedämmt wurden, als zu viel Kritik an der zurückhaltenden Position der vietnamesischen Regierung laut wurde.

Darüber hinaus bestehen auch in der Staatengruppe ASEAN sehr unterschiedliche Positionen gegenüber China. Bezeichnend ist, dass die Ölplattform nur einige Tage vor dem am 10./11. Mai abgehaltenen ASEAN-Gipfel in Myanmar platziert und auf dem Gipfel selbst trotz der Brisanz der Situation keine echte gemeinsame Haltung gefunden wurde. Dabei fand der vietnamesische Premierminister Nguyen Tan Dung auf dem Gipfel sehr deutliche Worte, sprach von »*dangerous and serious violations*«, erklärte aber auch, dass Vietnam dennoch äußerste Zurückhaltung üben wird. In der Abschlusserklärung wird China jedoch mit keinem Wort erwähnt, lediglich von »*serious concerns over the ongoing developments in the South China Sea*«<sup>5</sup> ist die Rede. Kommentatoren gehen davon aus, dass diese Zurückhaltung auch auf Wunsch des gastgebenden Präsidenten von Myanmar zustande kam, da das Land wirtschaftlich eng mit China verflochten ist.

Für Vietnam ist die Situation sehr schwierig, da sich das Land trotz der eigenen Geschichte von Siegen gegen scheinbar übermächtige Aggressoren – am 7. Mai

wurde gerade der 60. Jahrestag der Schlacht von Dien Bien Phu gefeiert, mit der Vietnam die französische Kolonialherrschaft endgültig beendete – und einer in den letzten Jahren erfolgten Aufrüstung vor allem der vietnamesischen Kriegsmarine kaum auf einen militärischen Konflikt mit China einlassen kann. Allerdings sind die militärischen Fähigkeiten Vietnams, etwa im Vergleich zu den Philippinen, auch nicht zu unterschätzen – zumindest dürften sie den chinesischen Streitkräften empfindliche Nadelstiche versetzen können.

Darüber hinaus arbeiten die »Bruderstaaten« China und Vietnam heute auf vielen Ebenen zusammen. Dies reicht von bilateralen Gesprächen zwischen den beiden kommunistischen Einheitsparteien, die sich durch die geteilte Ideologie, aber auch und vor allem durch die Machtposition der Kommunistischen Parteien beider Länder in ihrem jeweiligen politischen System ergeben,<sup>6</sup> über die offizielle staatliche Ebene bis hin zu einer »strategischen kooperativen Partnerschaft« auf Regierungsebene. Allerdings wurde in den letzten Jahren zunehmend erkennbar, dass Vietnam versucht, sich stärker von seinem großen Nachbarn zu emanzipieren bzw. der »*tyranny of geography*«<sup>7</sup>, wie Carl Thayer es nennt, zu entkommen und sein Netz von Beziehungen zu diversifizieren.

Insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen sind äußerst eng, jedoch überwiegend zugunsten Chinas. Vietnam exportiert größtenteils unverarbeitete Rohstoffe nach China, darunter vor allem Kohle und Rohöl. Importiert werden hauptsächlich verarbeitete Produkte, vor allem Stahl und Maschinen. Dies erinnert an eine klassische Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehung. Zu dieser ohnehin schon negativen Handelsbilanz kommt eine wahre Flut an chinesischen Billigprodukten und Nahrungsmitteln, die den vietnamesischen Markt durch legalen und illegalen Handel überschwemmen.

Vietnam kann somit kein Interesse an einer Eskalation des Konfliktes haben, und hat dies auf Partei- und Regierungsebene vermutlich auch nicht. Der Druck kommt aus der Innenpolitik, und hier aus der Bevölkerung selbst und von sonst in Opposition zur Regierung stehenden

5. Chairman's Statement of the 24<sup>th</sup> ASEAN Summit: »*Moving forward in Unity to a Peaceful and Prosperous Community*«, 11.5.2014, Nay Pyi Taw, S. 17; <http://www.asean.org/images/documents/24thASEANSummit/24th%20ASEAN%20Summit%20Chairman%27s%20Statement.pdf>.

6. Allerdings ist auch immer wieder davon die Rede, dass es im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Vietnams sehr unterschiedliche Auffassungen über den Umgang mit China gibt.

7. Thayer, Carl (2011): *The Tyranny of Geography: Vietnamese Strategies to Constrain China in the South China Sea*, Paper to International Studies Association 52<sup>nd</sup> Annual Convention, Montréal/Québec, March 16–19; [http://www.viet-studies.info/kinhte/Vietnam\\_Strategies\\_China\\_Thayer.pdf](http://www.viet-studies.info/kinhte/Vietnam_Strategies_China_Thayer.pdf).

Gruppen. Antichinesische, nationalistische Gefühle sind in Vietnam stark ausgeprägt. Am 11. Mai kam es wieder zu Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Hanoi sowie in Saigon, Danang und Hue (wie auch in Berlin und in anderen Hauptstädten der Welt). Während sich in den Jahren zuvor in der Regel nur 20–30 Leute dort versammelt hatten, die dann zumeist von der Polizei vorläufig festgenommen wurden, waren diesmal laut Presseberichten allein in Hanoi etwa 1.000 Menschen anwesend. Die Polizei beschränkte sich darauf, den Verkehr in der Umgebung zu regeln und ließ die Demonstranten ansonsten gewähren. Während früher nur in Blogs oder ausländischen Zeitungen über solche Demonstrationen berichtet wurde, waren die Bilder der Demonstrationen vom vergangenen Sonntag und die Berichte darüber auch auf den Titelseiten der Zeitungen zu finden – selbst in der englischsprachigen *Vietnam News*, die zur Vietnam News Agency gehört.

Allerdings blieb es nicht bei diesen zunächst friedlichen Protesten. Am 14. Mai meldete *BBC News Asia*, dass 13.000 Menschen in den Industriezonen der südlichen Provinzen, vor allem in Binh Duong, gegen die chinesischen Aktionen protestierten. Dabei kam es auch zu Ausschreitungen, bei denen mindestens drei Fabriken in Brand gesetzt und andere stark beschädigt wurden. In einer Meldung von *ABC News* vom gleichen Tag war sogar von 15 Fabriken die Rede, in denen Brandstiftung verübt worden sein soll. Zwar richteten sich die Ausschreitungen gegen Chinesen, aber auch taiwanesischen, koreanischen und japanischen Unternehmen wurden dabei beschädigt, da die Protestierenden die Schriftzeichen offenbar nicht genau unterschieden haben. Einige Firmen in den Industriegebieten haben daraufhin ihre Hinweisschilder entfernt oder den Betrieb zeitweise eingestellt. Die chinesische Botschaft rät ihren Landsleuten in Vietnam davon ab, sich zu stark als Chinesen zu »outen«, und das chinesische Außenministerium hat eine Reiseverwarnung für Vietnam erlassen.

Im vietnamesischen Fernsehen wurde zur Besonnenheit aufgerufen, denn solche Vorfälle haben das Potenzial, den Konflikt weiter zu eskalieren und konterkarieren die Politik der vietnamesischen Regierung, sich friedlich und auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen zur Wehr zu setzen. Sie können auch politisch außer Kontrolle geraten und Schleusen für andere Unmutsbekundungen öffnen – für Partei und Regierung ein gefährliches Szenario. Nicht zuletzt könnte Vietnam auch als

Investitionsstandort für ausländische Unternehmen leiden. In den letzten zwei Jahren konnte Vietnam sehr erfolgreich ausländische Direktinvestitionen anziehen, von denen viele aus den chinesischen Ostküsten-Provinzen gekommen waren.

Möglicherweise hat der Konflikt auch eine wachsende geopolitische Bedeutung. Tatsächlich fühlen sich alle Staaten der Region zunehmend von Chinas neuem Selbstbewusstsein und vor allem von der Modernisierung seiner Flotten bedroht und suchen verstärkt die Nähe zu den USA – so auch Vietnam. Abgesehen davon, dass der ehemalige Feind bereits den zweitgrößten Markt für vietnamesische Exporte darstellt und auch insgesamt der zweitwichtigste Handelspartner ist, sucht Vietnam zunehmend auch den militärischen Schulterschluss mit den Amerikanern, die ja ihrerseits bei jeder Gelegenheit betonen, wie ernst sie die Hinwendung zu Asien nehmen. So ist es vielleicht auch nicht nur symbolisch, dass China diesen Konflikt nur wenige Tage nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Obama Ende April in Japan, Korea, Malaysia und den Philippinen eskalieren lässt. Obama hatte sich während der Besuchsreise mehrfach öffentlich gegen die Anwendung von Druck und Einschüchterung in Gebietsstreitigkeiten gewandt.<sup>8</sup> In den akademischen Kreisen der Region wird zudem darüber gesprochen, dass die chinesische Führung sich auch über die quasi folgenlose Annektierung der Halbinsel Krim ihre Gedanken macht.<sup>9</sup>

Manche Autoren vergleichen die sicherheitspolitische Situation in der Region bereits mit der Situation vor dem Ersten Weltkrieg 1914 in Europa.<sup>10</sup> Zwar ist dies vermutlich übertrieben, dennoch stellt die jetzige Situation eine neue Eskalationsstufe dar, zumal China auch zwei Gruppen von Kampfflugzeugen aufsteigen ließ, die am 10. und 11. Mai in 800–1000 m Höhe über den vietnamesischen Küstenschutzboten kreisten. Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass es zu unkontrollierten Reaktionen kommen könnte.

8. Thayer (2014), a.a.O.

9. Die These, dass China hier auch die Reaktionen der USA testen will, wird auch beschrieben in: Bower, Ernest Z./Poling, Gregory B. (2014): *China-Vietnam Tensions High over Drilling in Disputed Waters*, *Center for Strategic and International Studies*, 7. Mai 2014; <http://csis.org/publication/critical-questions-china-vietnam-tensions-high-over-drilling-rig-disputed-waters>.

10. Vgl.: Paul, Michael (2014): *Kriegsgefahr im Pazifik? Analogien zum Großen Krieg 1914*, *SWP-Aktuell* 2014/A 14, März 2014; [http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/kriegsgefahr\\_im\\_pazifik.html](http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/kriegsgefahr_im_pazifik.html).



Maritime Territorialkonflikte sind erfahrungsgemäß kaum lösbar, sodass die Einschätzung von Beobachtern, der Konflikt würde auf kleiner Flamme auf unabsehbare Zeit weiter schwelen, in den letzten Jahren das positive Szenario darstellte. Aus hiesiger Sicht kann man diese Einschätzung auch weiterhin teilen, da auf politischer Ebene nach wie vor gute Kontakte zwischen beiden Ländern bestehen. Auch Thayer geht in seiner erwähnten Analyse vom 12. Mai davon aus, dass China und Vietnam diese Situation ohne den Einsatz ihrer Streitkräfte bewältigen werden.<sup>11</sup>

Dennoch ist sowohl die Lage als auch die Stimmung in diesem Teil der Welt in den letzten Tagen bedrohlicher geworden. In einer Informationsveranstaltung der Vietnamese Union of Friendship Organisations (VUFO) am 13. Mai erklärte Nguyn Vu Tung vom Institute for East Sea Studies, die Situation habe sich von »*concern*« in Richtung »*danger*« entwickelt. Die Ereignisse in den Industriezonen im Süden Vietnams scheinen diese Einschätzung zu stützen. Seit Beginn der Auseinandersetzung hat der vietnamesische Aktienindex den schärfsten Einbruch der letzten zehn Jahre erfahren. Nach Medienberichten melden Reiseagenturen eine große Zahl von Stornierungen gebuchter Reisen nach China. Diesmal werden die Spannungen wohl nicht so schnell wieder abklingen wie in den Jahren zuvor.

---

11. Vgl. Thayer (2014), a.a.O.



## Über den Autor

**Erwin Schweißhelm** ist seit 2011 Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hanoi und war 15 Jahre in weiteren süd-ostasiatischen Ländern für die FES tätig.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-26935-7450 | Fax: ++49-30-26935-9211  
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:  
[Ulla.Heidbuechel@fes.de](mailto:Ulla.Heidbuechel@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN: 978-3-86498-882-0